

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europausschuss**

32. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Juni 2002, Beginn um 09.00 Uhr,  
in Bredstedt

### **WESTKÜSTENBEREISUNG**

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Astrid Höfs (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Uwe Greve (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

**Weitere Abgeordnete**

Hermann Benker (SPD) - Stellvertreter für Frau Dr. Kötschau

Lars Harms (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Gisela Böhrk (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Tagesordnung:****Seite**

1. Gespräche im Nordfriesischen Institut in Bredstedt 4
2. Gespräche im Kreishaus in Husum 8
3. Besichtigung der Firma Repower Systems 12

## WESTKÜSTENBEREISUNG

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 09.00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

### **Punkt 1 der Tagesordnung: Gespräche im Nordfriesischen Institut in Bredstedt**

MdL Rolf Fischer erläutert im Hinblick auf die Befassung des Europaausschusses mit Tagesordnungspunkt 1, dass Minderheitenpolitik durch die Grundrechtscharta, das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und durch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen einen immer stärkeren Europabezug aufweise.

Thede Boysen, Vorsitzender des Vereins Nordfriesisches Institut in Bredstedt, führt aus, dass der Trägerverein 1948 gegründet worden sei, um auf wissenschaftlicher Basis einen gemeinsamen Nenner für die Friesen mit preußisch-deutscher und nordisch-dänischer Ausrichtung zu finden. Der Trägerverein habe zurzeit 860 Mitglieder mit leicht steigender Tendenz. Die Vereinsstruktur weise sowohl ehrenamtlich besetzte Untergruppen (Arbeitsgruppe Literatur und Sprache, Historiker, Arbeitsgruppe Baupflege) als auch das 1965 gegründete und mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzte Institut auf. Von den 14 Mitarbeitern verfüge lediglich der Direktor über eine Vollzeitstelle. Die Verbindungen in die Niederlande und den Nordischen Raum seien für das Institut sehr wichtig. Die Bibliothek als eine der tragenden Säulen verfüge außerhalb der Niederlande über den größten Buchbestand an westfriesischer Literatur. Publikationen seien sehr arbeitsintensiv, da sie jeweils in mehreren friesischen Dialekten herausgegeben werden müssten. Das jährliche Budget des Instituts belaufe sich auf 700 000 €, wovon das Land Schleswig-Holstein 210 000 € trage. Die restlichen Gelder kämen aus dem Bundeshaushalt, von dem Kreis Nordfriesland, dem SSF (Sydslesvigsk Forening), Ausgleichszahlungen für die Honorarprofessur an der Universität Flensburg und von der Stadt Bredstedt. Ca. 5% des Haushalts entfielen auf Mitgliederbeiträge. Bei in den vergangenen Jahren konstanten Landeszuschüssen und steigenden Personalausgaben hätte im letzten Jahr der Haushalt nur dank einer Spende aus Amerika ausgeglichen werden können. Die projektgebundene Finanzierung müsse ausgebaut werden, wobei die Bundesförderrichtlinien, bei Abwicklung der Projekte im Land und die Anforderungen an eine moderne Sprachförderung nur schwer ver-

einbar seien. Schleswig-Holstein müsse im Hinblick auf eine moderne Sprachförderung innovative Wege beschreiten.

Renate Schnack, die Minderheitenbeauftragte der Ministerpräsidentin, erläutert Initiativen der europäischen Zusammenarbeit zwischen den Nord-, den Ost- (Saterfriesen) und den Westfriesen (Provinz Friesland). In dem geographischen Europa (bis an den Kaukasus) gebe es 300 nationale Minderheiten mit 100 Mio Angehörigen. Diese Zahlen würden die Bedeutung einer aktiven Minderheitenpolitik für ein stabiles Europa verdeutlichen.

Die Dachorganisationen der Minderheiten sollten bei internationalen Verhandlungen und Abkommen beteiligt werden, zumal die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) und das European Bureau of Lesser Used Languages (EBLUL) eine umfangreiche grenzüberschreitende Netzwerkarbeit aufgebaut hätten. Der Dreiklang, eine Nation, eine Sprache, eine Kultur entspreche nicht mehr der Wirklichkeit. Nach Aufbau und Konsolidierung der Minderheitenpolitik beginne jetzt der Eintritt in die dritte Phase, die kulturelle Demokratisierung, d.h. eine Gleichwertigkeit der Kulturen durch ein Mehr an Akzeptanz der nationalen Minderheiten und ethnischen Volksgruppen in Europa.

Der Interfriesische Rat werde auf seiner nächsten Sitzung über einen Kulturvertrag als Möglichkeit einer intensiveren grenzüberschreitenden Vernetzung diskutieren. Die Netzwerke der Friesen könnten als Ausgangsbasis für im Rahmen der Nordseekooperation zu entwickelnde Projekte genutzt werden, zumal die Erfahrung zeige, dass Wirtschaft und Politik in aller Regel den Spuren der Kulturschaffenden folgten. Die Nordsee als Mare Frisicum - ein Gedanke, den wir aufgreifen sollten.

Ingwer Nommensen, Vorsitzender des Friesenrates Sektion Nord, bemerkt, dass der Interfriesische Rat sich in drei Sektionen, Ost, West und Nord, untergliedere. Das Gros der Arbeit werde ehrenamtlich geleistet. Im Hinblick auf die Nordseekooperation wünsche er sich,

- einen frühzeitigen Einbezug der Friesen in die Planungsprozesse von europäischen Förderprogrammen,

- mehr Information über und organisatorische Hilfe bei der Inanspruchnahme von grenzüberschreitenden Programmen
- einen „Friesencent, d.h. ein bestimmter Plafond der für die Förderprogramme zur Verfügung stehenden Mittel solle für Projekte der Minderheiten reserviert werden.

MdL Joachim Behm bittet um eine Einschätzung zu dem Ausmaß des Friesischangebots an Schulen.

Ingwer Nommensen führt aus, dass die Verbreitung des Friesischunterrichts am besten an Grund- und Hauptschulen sei. Allerdings werde Friesisch i.d.R. freiwillig, nicht aber verpflichtend an den Schulen gelehrt, wodurch eine Begründung und Planung für den entsprechenden Lehrerbedarf erschwert werde. An den Kindergärten nehme das Friesischangebot zu. Grundsätzlich gelte, dass das Friesische einen leichteren Einstieg in die Mehrsprachigkeit eröffne. Die Notwendigkeit, sich alternativ zwischen Englisch oder Friesisch zu entscheiden, bestehe deshalb nicht - im Gegenteil.

MdL Ulrike Rodust fragt, wie Nordseekooperation auf den Spuren von Friesen einen Einbezug von Großbritannien ermögliche? Wie sei die Bemerkung zu verstehen, jeder der Friese sein wolle könne dies?

Renate Schnack antwortet, dass die Minderheitenverbände über die EBLUL Kontakt zu den Cornwallisern unterhielten.

Ingwer Nommensen erläutert, Friese könne sein, wer dieser ethnischen Volksgruppe und ihrer Kultur gegenüber aufgeschlossen sei. Minderheiten könnten sich keine Abschottung leisten. Für den Erhalt des Friesischen seien weniger die historische Verwurzelung als vielmehr aktive Sprachwerte und das Sprachverständnis entscheidend.

MdL Lars Harms fordert, für die Anerkennung des Friesischen als Kulturgut mehr politische Unterstützung des Landes. Beispielsweise müsse bei der friesischsprachigen Ausschilderung von Radwegen jeder Bürgermeister einzeln überzeugt werden. Dies sei vom Arbeitsaufwand

kaum leistbar. Deshalb wäre eine Art „repetierendes System: wir als Land finden das gut, macht es auch“, hilfreich.

MdL Uwe Greve hält die Nachfrage an Volkshochschulen für einen geeigneten Gradmesser, um die Chancen für den Fortbestand des Friesischen einzuschätzen.

Thede Boysen führt aus, dass nördlich von Bredstedt ein gleichbleibend gutes, flächendeckendes Angebot bestehe, wobei die Nachfrage nach dem Friesischen größer sei als das Angebot an Kursleitern. Das vorhandene ehrenamtliche Angebot könne keine Rechtfertigung dafür sein, den Staat aus der Verantwortung zu entlassen. In den 60er Jahren wurde die Einsprachigkeitspolitik gewissermaßen verordnet, jetzt sei der Staat gefordert, etwas für die Mehrsprachigkeit und damit auch für das Friesische zu tun.

MdL Uwe Greve fragt, ob die Friesen auch ohne EU Mittel ihre Arbeit fortsetzen könnten.

Ingwer Nommensen entgegnet, dass Engagement ohne Organisation und ohne Geld keine Entwicklungsmöglichkeit habe.

MdL Manfred Ritzek hinterfragt, ob die Friesen sich mit ihrem internationalen Engagement übernehmen, zumal die am Beispiel der Cornwalliser skizzierte Art der Nordseekooperation eher einen partnerschaftlichen Charakter habe.

Ingwer Nommensen erläutert seinen Ansatz. Dieser hebe darauf ab, die Friesen in die Konzepte von Küstenmanagement, Tourismus u.a. einzubinden. Aus eigener Kraft und allein könnten sie derartige Entwicklungskonzepte selbstverständlich nicht umsetzen.

MdL Ulrike Rodust fordert, Minderheitenschutz stärker in der Grundrechtscharta zu verankern. Für entsprechende Initiativen sei ein enger Kontakt der Friesen zu den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zu denen des Ausschusses der Regionen unabdingbar.

Ingwer Nommensen hält derartige Kontakte für verbesserungsbedürftig. Gleichzeitig votiere er aus zweierlei Gründen für einen engeren Kontakt zu den Mitgliedern des Bundestages:

- der Bundestag habe auf Bundesebene ein Budget zur Förderung von friesischen Projekten bewilligt
- die Organisationen von Minderheiten und Volksgruppen streben zu einer Vertretung beim Bundestag an.

Renate Schnack bietet an, die Broschüre „Sprache ist Vielfalt“ an die Mitglieder des Europaausschusses zu verteilen.

## **Punkt 2 der Tagesordnung: Gespräche im Kreishaus in Husum**

Helmut Wree, Kreispräsident, begrüßt den Europaausschuss und charakterisiert den Kreis Nordfriesland anhand einiger statistischer Daten: Der Kreis Nordfriesland verfüge über 420 km Küstenlinie, davon 250 km mit Landesschutzdeichen. 60 % der Fläche liege auf Höhe des Meeresspiegels. Der Kreis beherberge jährlich 1 Mio Gäste mit 10 Mio Übernachtungen. 50 % des Tourismus finde auf der Insel Sylt statt. Eine Entzerrung der Tourismushochburgen und eine bessere Verkehrsinfrastruktur seien wichtige Anliegen des Kreises.

Matthias Hüppauff-Jacober, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland, berichtet über die Wirtschafts- und Verkehrssituation in Nordfriesland. Die geographische Benachteiligung des Kreises werde mehr und mehr durch technische Möglichkeiten (Internet) ausgeglichen. Nordfriesland habe durch eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung und durch vermehrten Zuzug eine steigende Bevölkerungszahl. Das Lohnniveau sei deutlich niedriger als im Landes- und Bundesdurchschnitt, die Lebenshaltungskosten seien preiswerter. Die Arbeitslosenquote habe im letzten Jahr bei 7,7 % gelegen bei starken saisonalen Schwankungen. Ein Drittel der Wertschöpfung im Kreis Nordfriesland werde durch den Tourismus erwirtschaftet. Aufgrund von Qualitätsrückständen und einer schlechten Verkehrsanbindung würde die starke Konkurrenz durch das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern spürbar. Das Handwerk müsse die Angebotsstrukturen auf dem dänischen Markt weiterentwickeln. Im verarbeitenden Gewerbe sei aufgrund der fehlenden Verkehrsinfrastruktur eine vermehrte Abwanderung beispielsweise in die Slowakei oder die Neuen Bundesländer zu verzeichnen. Subventionsdumping durch unterschiedliche Investitionszula-



gen in den einzelnen Regionen würden sich im Norden als Standortnachteil auswirken. In dem seit Jahren rückläufigen landwirtschaftlichen Sektor müsse auf Mittelstandsförderung und vermehrte Direktvermarktung gesetzt werden. Die Windkraft sei eine Hoffungsbranche. Repowering (mehrere alte Anlagen durch eine neue leistungsfähigere ersetzen) auf dem Festland und die Erschließung des Offshore Bereichs böten Wachstumsmöglichkeiten. Die Windkraft könne sich unter folgenden Bedingungen entwickeln: Erhalt des Einspeisungsgesetzes, Hafenausbau in Husum, eine konkurrenzfähige Investitionszulage und entsprechende Verkehrsverbindungen – die Rotoren seien für einen Transport durch den Elbtunnel zu groß.

Hans von Wecheln, Sprecher der Schutzgemeinschaft deutsche Nordseeküste, vertritt die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen in der interregionalen Wattenmeerkooperation. Er erläutert die verschiedenen Ebenen der Kooperation im Wattenmeerbereich, angefangen bei der

- trilateralen Wattenmeerzusammenarbeit (staatliche Ebene) über die
- interregionale Wattenmeerzusammenarbeit IRWC (regionale Ebene) bis hin zur
- Euregio „the Wadden“, (kommunale Ebene).

Vgl. im einzelnen anliegende Pressemitteilung des Kreises Dithmarschen und Nordfriesland vom 4. Juni 2002.

Hans von Wecheln zählt folgende Schwerpunkte der Interregionalen Wattenmeerkooperation in dem Zeitraum 2002 – 2006 auf:

- nachhaltige Entwicklung des Tourismus
- Nutzung des Wattenmeergebietes durch den Menschen (Konsens zwischen Dänemark, Deutschland und Holland)
- Nominierung des Wattenmeeres als Weltkulturerbe (von der letzten dänischen Regierung abgelehnt)

- Sicherheit auf See
- Vermeidung der Wasserverschmutzung (Umsetzung der RLen Ölentsorgung und Sicherheitsaspekte der EU)
- grenzüberschreitende raumordnerische Planung bei der Errichtung von Offshore Windparks
- Umweltverträglichkeitsprüfung (Aufgabe des Landes Schleswig-Holstein)
- Verkehrsinfrastruktur zur Erreichbarkeit der Wattenmeerregionen
- zukünftige Zusammenarbeit mit der Euregio „the Wadden“.

Hans von Wecheln bittet den Europaausschuss, er möge sich bei der Landesregierung dafür einsetzen, die Arbeit für die Interregionale Wattenmeerkooperation mittelfristig auf eine verlässliche und auf Dauer finanzierbare Grundlage zu stellen.

MdL Joachim Behm erkundigt sich nach dem vorhandenen Ausmaß von Offshore Anlagen.

Hans von Wecheln antwortet, dass bisher acht Anhörungsverfahren beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie gelaufen seien, Anträge lägen in einer Größenordnung von 50 000 Megawatt vor, einen Baubeginn gäbe es aber noch nicht. Niedersachsen habe sich dafür ausgesprochen, auch innerhalb der 12 Seemeilenzone Offshore Anlagen zu installieren. Die Hauptkonflikte mit Windkraftanlagen bestünden in den Bereichen Finanzierung und Versicherung, Seefahrt (Schiffssicherheit), Natur (Vogelflug), Fischerei und Küstenschutz (veränderte Strömungen).

Annemarie Lübcke, Naturschutzstiftung Fering Natüür, beschreibt die Region Uthlande, die die Inseln und Halligen umfasst. Die Region hätte sich vor eineinhalb Jahren zu einem festen Verbund mit einer durch die Gemeinden getragenen regionalen Beratungsstelle (mit Frau Lübcke besetzt) zusammengeschlossen. Auf internationaler Ebene bilde die Region Uthlande gemeinsam mit den niederländischen, dänischen und ostfriesischen Wattenmeerinseln die Euregio „the Wadden“. Die Region Uthlande beteilige sich an der Interregionalen Watten-

meerkooperation (IRWC), mit dem Ziel, sich für grenzüberschreitende Förderprogramme wie z.B. Leader +, Altener und Interreg III zu qualifizieren.

In den Vorläuferprogrammen Leader I und II seien bisher in Schleswig-Holstein noch keine lokalen Aktionsgruppen (NGO + GO) gefördert worden. Deshalb seien die Voraussetzungen für Leader + ungünstig; ein Erschwernis, das auch auf das Verhalten des MLR zurückzuführen sei.

Das Bundesverbraucherministerium habe eine Modellregion unter dem Namen „Regionen aktiv“ ausgeschrieben. Die Region Uthlande habe einen Zuschlag für ein Projekt erhalten. Verglichen mit den europäischen Förderprogrammen seien die Förderrichtlinien auf Bundesebene weit weniger verwaltungsintensiv.

MdL Lars Harms sieht Bedarf für die Ernennung eines „Interreg Mitarbeiters Nordsee“, der die politische Willensbildung und die Programme / Pläne aller Ministerien koordiniere.

Hans Martin Slopianka, Pressesprecher, berichtet über das NetForum. Im Jahr würden sich 8-10 Mio Touristen in der gesamten grenzüberschreitenden Wattenmeerregion aufhalten. 1997 sei beschlossen worden, die Tourismuspolitik zu verzahnen. Das IRWC Sekretariat habe daraufhin eine von der Europäischen Union geförderte Arbeitsgruppe NetForum berufen, mit dem Auftrag, ein globales Tourismuskonzept zu erarbeiten. Das NetForum setze sich zusammen aus Vertretern der Niederlande, Dänemarks, Schleswig-Holsteins und Niedersachsens und zwar aus den jeweiligen Tourismusministern, je einem Mitglied der Kreise Nordfriesland und Dithmarschen, der kommunalen Ebene, der Umweltorganisationen und der Tourismusorganisationen. Im Juni 2000 habe das NetForum den Abschlussbericht vorgelegt.

Die Themen, mit denen sich das NetForum beschäftige, erstreckten sich von dem nachhaltigen Tourismus, über Natur und Erholung, Kulturtourismus, Beherbergungsangebote, bis hin zu Infrastruktur und Mobilität. Als Projektideen seien beispielsweise Marketingstrategien für die gesamte Wattenmeerregion entwickelt worden, Gastronomieauszeichnungen für Wattenmeergerichte, verbesserte Angebote für weniger mobile und behinderte Personen und alternative Transportmöglichkeiten auf den Inseln.

Der erste Schritt, den die IRWC realisiert habe, sei die gemeinsame Internethomepage: [www.wattenmeer.net](http://www.wattenmeer.net). Danach solle jetzt die grenzüberschreitende Projektumsetzung anlaufen.

MdL Ulrike Rodust fragt nach den Perspektiven für die neue Förderperiode der Strukturfonds ab dem Jahr 2006.

Hans von Wecheln bemerkt, es müsse geklärt werden, ob die North Sea Commission mit Sitz in Dänemark und die Interregionale Wattenmeerkooperation weiterhin parallel laufen sollten.

Matthias Hüppauf-Jacober ergänzt, dass die Kreisebene von der Vielzahl der Antragsformulare überfordert sei, d.h. es müsse mehr Unterstützung von den Ministerien geleistet werden.

Ein transnationaler Bezug sei im Nordseeraum teilweise aufgrund zu unterschiedlicher wirtschaftlicher Strukturen schwer herstellbar und zwar anders als in der Ostseeregion, wo traditionelle Handelsströme den Weg für die Zusammenarbeit ebneten.

### **Punkt 3 der Tagesordnung: Besichtigung der Firma Repower Systems**

Hugo Denker, Vorstandsmitglied und Olaf Struck, Betriebsleiter und Prokurist, begrüßen die Mitglieder des Europaausschusses und stellen die Firma Repower Systems vor:

Unternehmensgegenstand seien die Entwicklung und die Anwendung regenerativer Energiesysteme. Spezialisiert auf Windenergieanlagen im Onshore- und Offshore-Bereich, setze das Unternehmen darüber hinaus auch auf die energetische Nutzung von Biogas und Geothermie.

Für Windenergieanlagen verfüge das Unternehmen über Produktionsstandorte in Husum und Trampe (Brandenburg), wobei in Husum aufgrund eines eigenen Hafenschlusses für seegängige Schiffe hervorragende Voraussetzungen für den Export und das neu aufkommende Offshore-Geschäft bestünden. Die Produktpalette bestehe derzeit aus Anlagen mit einer Leistung von 600 kW bis 1,5 MW. Die MD 70 mit einer Nennleistung von 1,5 Megawatt und einem Rotordurchmesser von 70 Metern werde seit 1998 gefertigt und seit Anfang 2000 in

Serie gebaut. Im September 2000 wären die ersten MD 77 mit einem Rotordurchmesser von 77 Metern in Betrieb gegangen.

Technologisches Neuland werde mit einer 5 Megawatt Offshore-Windenergieanlage beschritten. Die Pilotanlage solle 2003, der erste Offshore-Windpark 2005 in der Nordsee errichtet werden. An Land werde das Potenzial des Ersatzes alter, kleinerer Anlagen durch leistungsstärkere Windenergieanlagen erschlossen (repowering). Weiteres Wachstum erfolge über die strategische Ausrichtung auf den europäischen Markt. Gründungen von Tochtergesellschaften in Spanien, Griechenland und Frankreich seien bereits vollzogen worden.

Aufgrund von Planungszeiten betrage die Vorlaufzeit von der Fertigung bis zu dem Bau in Serie ca. 12-24 Monate. Handlungsbedarf bestehe im Hinblick auf die Ausweisung von werksnahen Teststandorten zur Demonstration von neuen marktfähigen Windkraftanlagen.

MdL Hermann Benker bemerkt, dass es den Kreisen und Kommunen obliege, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Testflächenausweisung festzustellen. Repowering sei grundsätzlich nur innerhalb der ausgewiesenen Eignungsgebiete möglich.

Olaf Struck schlussfolgert, dass durch repowering allein die Arbeitsplätze nicht erhalten werden könnten. Die Expansion im Ausland und der Offshore Bereich (5 Megawatt Anlagen) seien die künftigen Wachstumsbereiche. An dem Standort Husum müssten ca. 7 Mio € investiert werden, um einen Standort für die Offshore Industrie, d.h. Fertigung und Wartung der Anlagen incl. Verladung und Transport zu schaffen.

Hugo Denker erklärt, dass aufgrund des Einspeisungsgesetzes die vollständige Abschreibung der Maschinen gewährleistet sei. Anders ausgedrückt: eine Windkraftanlage entspreche in etwa der Wirtschaftskraft von 100 ha Weizen. Er bitte den Europaausschuss, in anderen europäischen Ländern für diese Art der Energieerzeugung und für die dafür erforderlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen zu werben. Nur so könne die Technologie ausreichend Anwendung finden.

Hugo Denker erläutert die Notwendigkeit, einen Flügelhersteller nach Schleswig-Holstein zu holen, da die Flügel aufgrund der Länge teilweise nur per Schiff, aber nicht mehr auf der Stra-

ße transportiert werden könnten. Der Markt für einen solchen Hersteller sei in Schleswig-Holstein vorhanden, es komme darauf an, die entsprechenden Kontakte zu knüpfen und Standortwerbung zu betreiben.

Matthias Hüppauf-Jacobson weist darauf hin, dass die Technologie Transfer Zentrale die Förderrichtlinien sehr korrekt anwende. Beispielsweise sei die nächste Anlagengeneration nicht förderfähig. Mit Blick auf die erforderliche Wettbewerbsfähigkeit plädiere er für eine kreativere Förderung.

Hugo Denker präzisiert diese Forderung wie folgt:

- Fördermittel für die Entwicklung der 5 Megawatt Klasse
- Ausweisung von Standorten für Prototypen der 5 Megawatt Klasse
- Schaffung geeigneter Förder- und Strukturmaßnahmen für die Ansiedlung bzw. Erweiterung einer Fertigungsstätte.

MdL Rolf Fischer sagt abschließend zu, den Dialog innerhalb eines Jahres in Kiel fortzusetzen.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 15.00 Uhr.

gez. Rolf Fischer  
Vorsitzender

gez. Jutta Schmidt-Holländer  
Geschäfts- und Protokollführerin

Anlagen zum Protokoll:

- Pressemitteilung des Kreises Dithmarschen und Nordfriesland vom 4. Juni 2002

Informationsmaterial zur Verteilung an die Mitglieder des Europausschusses:

- Redebeitrag der Minderheitenbeauftragte Renate Schnack
  
- Sprache ist Vielfalt
  
- Sprachenland Nordfriesland
  
- Friesen - Nordfriisk Instituut
  
- Nordfriesland, Ausgabe März 2002

# KREIS DITHMARSCHEN UND NORDFRIESLAND

..... PRESSE-



Cooperation

Heide, den 4. Juni 2002

## Hintergrundinformation zu den verschiedenen Ebenen der Kooperation im Wattenmeerbereich

**Vorbemerkung:** In diesem Text wird versucht, einen Überblick über die diversen Institutionen im Wattenmeerbereich von den Niederlanden bis nach Dänemark und ihr Zusammenspiel zu geben. Aktueller Anlass sind die Konferenzen in Dokkum und Esbjerg.

### Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die grenzüberschreitende Kooperation in der Wattenmeerregion hat eine lange Tradition. Anfang der 70er Jahre wurden nationale und internationale Initiativen zum Schutz des Wattenmeeres begonnen. Die wichtigsten grenzübergreifenden Kooperationen sind heute

- Die Trilaterale Wattenmeerzusammenarbeit (staatliche Ebene)
- Die Interregionale Wattenmeerzusammenarbeit IRWC (regionale Ebene)
- Die Euregio "The Wadden" (gemeindliche Ebene)
- Die Kooperation der Naturschutzorganisationen "The Dutch Wadden Sea Society" sowie der deutschen und der dänischen Sektion des "World Wildlife Fund for Nature" (WWF).

### Die staatliche Ebene: die Trilaterale Wattenmeerkooperation (aktuell: die Esbjerg-Konferenz am 30./31.10.2001)

1978 fand die erste Trilaterale Regierungskonferenz der drei beteiligten Staatsregierungen zum Schutz des Wattenmeers statt. Seit 1978 haben sich die zuständigen Fachminister regelmäßig zu Wattenmeerkonferenzen getroffen.

Die Staaten haben ein gemeinsames Sekretariat gegründet, das die Konferenzen organisiert und das die Zentralstelle der aufwendigen Zusammenarbeit der drei Staaten darstellt. Das "Common Wadden Sea Secretariat" befindet sich in Wilhelmshaven. Sein Leiter ist der Däne Jens Enemark, der sehr gut englisch, holländisch und deutsch spricht. Die Arbeitssprache der Kooperation ist Englisch.

Im Laufe der vergangenen 20 Jahre haben die Beschlüsse der Trilateralen Regierungskonferenzen immer größeren Einfluss auf die gemeinsame Entwicklung in der Wattenmeerregion gewonnen. Ein gemeinsames Verständnis ist entstanden, demzufolge das Wattenmeer ein Gebiet mit einzigartigen natürlichen und kulturgeschichtlichen Werten darstellt, die es für zukünftige Generationen, aber auch als Grundlage für den Lebensunterhalt der heute dort lebenden Menschen zu schützen gilt.

Auf der 8. Wattenmeerkonferenz, die im Oktober 1997 in Stade, Deutschland, stattfand, wurde der Trilaterale Wattenmeerplan, der den Gesamtrahmen für das zukünftige Management der Wattenmeerregion bildet, angenommen. Im Wattenmeerplan haben die drei beteiligten Staaten eine gemeinsame Vision mit den folgenden Bestrebungen der Unterzeichnerstaaten festgeschrieben:



- Eine intakte Umwelt, in der die Vielfalt der Lebensräume und Arten, ihre ökologische Integrität und ökologische Elastizität als globale Verpflichtung aufrechterhalten werden.
- Eine nachhaltige Nutzung.
- Die Bewahrung und Förderung von ökologischen, ökonomischen, kulturhistorischen, gesellschaftlichen und küstenschutztechnischen Werten, die den Wünschen der Bewohner und Benutzer Rechnung tragen und ihrem Wohlbefinden dienen.
- Ein integriertes Management der menschlichen Tätigkeiten unter Berücksichtigung der sozioökonomischen und ökologischen Wechselbeziehung zwischen dem Wattenmeergebiet und den angrenzenden Gebieten.
- Eine informierte, engagierte und aktiv teilnehmende Öffentlichkeit.

### **Die Interregionale Wattenmeerkooperation (aktuell: die Dokkum-Konferenz am 20./21.09.2001)**

Zum Zweck der Zusammenarbeit der Regionen entlang des Wattenmeeres wurde 1994 die "Interregionale Wattenmeerkooperation" (IRWC) gegründet. Die Regionen hatten eine verstärkte Einbindung der regionalen Belange in die Zusammenarbeit der Staatsregierungen gefordert. Der aktive Zusammenschluss der Regionen soll ausdrücklich eine Ergänzung zur staatlichen Zusammenarbeit im Wattenmeerbereich darstellen. Beteiligt sind die niederländischen Provinzen Friesland, Groningen und Nord-Holland, die dänischen Amtskommunen Sønderjylland und Ribe, das Land Schleswig-Holstein in Einzelfragen und seit 1999 die Kreise Dithmarschen und Nordfriesland. Die Zusammenarbeit konzentriert sich unter anderem auf das Thema "Tourismus", das im Rahmen der Regierungszusammenarbeit nicht besetzt ist und eine besondere regionale Tragweite hat - siehe dazu den nächsten Abschnitt: "NetForum".

Auch diese Zusammenarbeit benötigt ein Sekretariat. Es befindet sich im Amtsgebäude des dänischen Amtes Ribe. Der Leiter ist John Frederiksen. Er hat eine fest angestellte Mitarbeiterin, Anja Hinrichsen.

In den Kreishäusern Nordfriesland und Dithmarschen ist jeweils das Umweltamt der Ansprechpartner der IRWC. Da die - wiederum in englischer Sprache stattfindende - Arbeit auch hier vor Ort einen erheblichen Arbeitseinsatz erfordert, haben die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen gemeinsam einen Werkvertrag mit dem Husumer Hans von Wecheln geschlossen, der diese Aufgaben in ihrem Auftrag übernimmt. Auch die Regionen in den Niederlanden haben einen Verantwortlichen benannt. Gemeinsam mit dem Dänen John Frederiksen bilden diese drei das Arbeitsgremium der IRWC.

Zwischen den Interregionalen Konferenzen, die immer kurz vor den Trilateralen Konferenzen anberaumt werden, führt eine Gruppe von "Vorsitzenden" die IRWC. Diese Vorsitzenden sind die Chefs der sieben Regions-Verwaltungen; dementsprechend gehören die Landräte Dr. Klimant (Dithmarschen) und Dr. Bastian (Nordfriesland) zum "Chairmen's Meeting". Sie tagen ein bis zwei Mal jährlich.

### **Das NetForum**

Das IRWC-Sekretariat berief Ende 1997 ca. 20 Repräsentanten von Umweltschutz- und Fremdenverkehrsverbänden sowie von staatlichen Behörden aus der ganzen Wattenmeerregion in eine Arbeitsgruppe namens NetForum (Kunstwort aus Net = Netz(werk) und Forum im Sinne von Treffpunkt).

Zur Gewährleistung enger Kontakte zwischen der regionalen und der staatlichen Ebene war auch die Trilaterale Wattenmeerkooperation im NetForum vertreten: Der Leiter des Gemeinsamen Wattenmeersekretariats, Jens Enemark, fungierte als Vorsitzender des NetForums.

In mehreren Workshops in englischer Sprache erarbeitete das NetForum 1998 und 1999 Situationsanalysen, ein Leitbild, Strategie- und Projektvorschläge sowie Politikempfehlungen für die Tourismusentwicklung in der Wattenmeerregion. Der Abschlußbericht des NetForums steht auch in deutscher Sprache zum Download im Internet: <http://www.irwc.ribeamt.dk> (unten links bei "Downloads" auf "The Tourism Project" klicken, dann auf "The NetForum Report" und dann auf "Sustainable Tourism...", danach kann man den Report auf deutsch, dänisch oder englisch herunterladen).

Mitglieder des NetForums aus dem Kreis Nordfriesland waren Klaus Koehn (†) für den Gemeindegtag, Silke Petersen für den Nordseebäderverband, Dr. Hans-Ulrich Rösner für den WWF und Hans-Martin Slopianka für die Kreise Nordfriesland und Dithmarschen. Nach Fertigstellung des Abschlussberichtes wurde das NetForum wieder aufgelöst.

Den Abschlussbericht haben die Vorsitzenden der IRWC zustimmend zur Kenntnis genommen. Die darin enthaltenen Projektvorschläge sollen jetzt so weit wie möglich umgesetzt werden. Das erste gemeinsame Projekt war die Schaffung eines Tourismus-bezogenen gemeinsamen Internetauftritts: Die Website <http://www.wattenmeer.net> wurde am 20.09.2001 auf der Dokkum-Konferenz vorgestellt. Momentan ist sie nur englisch-sprachig, aber Fassungen in den drei Landessprachen der IRWC sind geplant.

Weitere Vorschläge des NetForums sind z. B.:

- Entwicklung thematischer Marketingstrategien
- Etablierung einer Auszeichnung für Gastronomiebetriebe, die Gerichte auf Basis von landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Region anbieten
- Schaffung von Urlaubseinrichtungen für wenig mobile oder behinderte Menschen
- Einrichtung und Förderung alternativer Transportsysteme auf Inseln mit Autoverkehr
- Einrichtung eines sozioökonomischen (Tourismus-) Monitorings

Sie sollen von den Regionen in den drei Ländern gemeinsam umgesetzt werden - ein reizvoller, aber auch komplexer Prozess, für den eine übergreifende Koordinierungsstelle benötigt wird. Die Regionen haben eine entsprechende Stelle geschaffen und zunächst für zwei Jahre eine qualifizierte Kraft eingestellt.

## **Weitere grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Wattenmeerregion**

### Die Umweltschutzverbände

Die Zusammenarbeit zwischen den Umweltschutzverbänden der drei Staaten zum Schutz des Wattenmeers ist die älteste Form aller genannten Kooperationsverbände. Initiatoren waren die niederländische Wattenmeergesellschaft sowie die deutsche und dänische Abteilung des WWF. Diese Zusammenarbeit hatte bis zum heutigen Tag einen großen Anteil an der Förderung der gemeinsamen Anstrengungen zum Schutz, dem Erhalt und dem sorgfältigen Management des Wattenmeers als ökologische Einheit.

### Die Inseln

Die Zusammenarbeit zwischen den niederländischen, deutschen und dänischen Wattenmeerinseln besteht seit den achtziger Jahren. Im Frühjahr 1999 haben die Inseln eine gemeinsame Euro-

Region gebildet, um eine bessere Zusammenarbeit bei gemeinsamen Fragen und Aktivitäten sowie eine gemeinsame Finanzierung von Aktivitäten und Projekten zu ermöglichen.